

**Ausführungen von Herrn Dr. Marijn E. Dekkers,  
Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie,  
am 8. Dezember 2014 vor der Presse in Frankfurt**

(Es gilt das gesprochene Wort)

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2014 ist unter unseren Erwartungen geblieben. Die chemische Industrie in Deutschland hat ihre Jahresziele nicht ganz erreichen können. Insgesamt stieg die Chemieproduktion nach gutem Jahresbeginn nur um 1,5 Prozent.

Der Grund: Die globale Großwetterlage für Chemiegeschäfte hat sich im Verlauf des Jahres eingetrübt. Europa konnte zwar wie erhofft die Rezession überwinden. Der Aufwärtstrend blieb jedoch kraftlos. Auch viele Schwellenländer enttäuschten mit niedrigem Wachstum.

Dies blieb nicht ohne Auswirkungen auf den Standort Deutschland. Unser größter Kunde, die verarbeitende Industrie, musste im zweiten Quartal einen konjunkturellen Dämpfer hinnehmen. Vor diesem Hintergrund wuchs die Nachfrage nach Chemikalien im In- und Ausland weniger stark als wir erwartet hatten. Die Kapazitäten waren mit durchschnittlich 84,5 Prozent ausgelastet.

### **Spartenkonjunktur**

Die Herstellung von Petrochemikalien und Polymeren ist um 2,5 Prozent gesunken. Noch schlechter entwickelte sich das Geschäft mit anorganischen Grundstoffen: Die Produktion von Industriegasen, Düngemitteln und anderen anorganischen Grundstoffen sank um 4,5 Prozent. Damit mussten alle Grundstoffsparten die Produktion drosseln.

#### **Chart 1:**

**Produktion nach  
Halbjahren**

#### **Chart 2:**

**Produktion  
nach Sparten**

Im Gegensatz dazu belebten sich die Geschäfte mit Fein- und Spezialchemikalien im Jahresverlauf. Im Vergleich zu 2013 ergab sich für dieses Segment ein Produktionsplus von 4 Prozent.

Bei den konsumnahen Chemikalien wurde das Produktionsniveau des Vorjahres um 1,5 Prozent übertroffen.

Das Pharmageschäft entwickelte sich im Jahresverlauf gut. Die Produktion stieg um 5,5 Prozent.

## Preise

Im zweiten Halbjahr entspannte sich die Situation auf den Rohstoffmärkten. Vor dem Hintergrund der anhaltend schwachen Weltkonjunktur und einer Ausweitung der Förderung gaben die Preise für Rohöl deutlich nach.

Im Jahresdurchschnitt verbilligte sich Rohöl um 10 Prozent. Da zeitgleich aber der Euro gegenüber dem Dollar abwertete, fiel die Entlastung bei den Rohstoffkosten deutlich niedriger aus. Rohbenzin, der wichtigste Rohstoff der deutschen Chemie, verbilligte sich daher nur um 2 Prozent.

Um ihre Kapazitäten ausreichend auslasten zu können, gaben die Unternehmen die gesunkenen Rohstoffpreise an die Kunden weiter. Deshalb sanken die Chemikalienpreise im Gesamtjahr 2014 um 1 Prozent.

**Chart 3:**  
Kern-  
indikatoren

## Umsatz

Wegen der rückläufigen Preise konnte die chemische Industrie ihren Gesamtumsatz trotz gestiegener Produktionsmengen nur leicht ausweiten. Mit insgesamt 193,6 Milliarden Euro lag der Branchenumsatz 1,5 Prozent höher als ein Jahr zuvor.

Im Inland haben unsere industriellen Kunden ihre Produktion ausgeweitet und mehr Chemikalien bestellt. Der Inlandsumsatz stieg im Gesamtjahr 2014 um 2 Prozent auf 77,8 Milliarden Euro.

Demgegenüber erhöhte sich der Auslandsumsatz nur um 1 Prozent auf 115,8 Milliarden Euro.

Das Geschäft mit den europäischen Staaten konnte dabei leicht zulegen (+1,0 Prozent). Auch der Umsatz mit den osteuropäischen Ländern entwickelte sich positiv (+2,0 Prozent). Die direkten Auswirkungen der Russland-Ukraine-Krise auf die deutsche Chemie halten sich bis dato in Grenzen. Zwar sind die Chemie- und Pharmaexporte 2014 in die Region stark rückläufig (Russland: -6 Prozent, Ukraine: -20 Prozent). Insgesamt stehen diese beiden Länder aber nur für rund 4 Prozent der deutschen Chemieexporte. Der Anteil der Ukraine ist mit 0,7 Prozent deutlich kleiner als der Anteil Russlands mit 3,3.

Der Auslandsumsatz mit den NAFTA-Staaten konnte kräftig ausgeweitet werden (+5,5 Prozent). Insbesondere das Geschäft mit Pharmazeutika lieferte hier positive Impulse. Deutlich im Minus war hingegen der Auslandsumsatz mit Lateinamerika (-6,5 Prozent) und Asien (-1,5 Prozent).

## Beschäftigung

Trotz der niedrigen Dynamik haben die Chemieunternehmen 2014 weiter Beschäftigung aufgebaut. Die Zahl der Arbeitsplätze in der Branche stieg gegenüber dem Vorjahr um 1 Prozent. Die deutsche Chemieindustrie beschäftigt aktuell 442.500 Mitarbeiter.

## Forschungsbudgets und Investitionen

Ich komme nun zu den Indikatoren, welche die Perspektiven der Branche abstecken:

Die Forschungsbudgets der Branche wurden erneut aufgestockt. Insgesamt gaben die chemisch-pharmazeutischen Unternehmen 2014 10,5 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung aus. Das waren 5 Prozent mehr als im Vorjahr.

Auch bei den Investitionen in Sachanlagen haben die Chemieunternehmen nicht gespart. Insgesamt hat die Branche mit 7 Milliarden Euro 2 Prozent mehr als im Jahr davor investiert. Der größte Teil des Zuwachses entfiel auf Kapazitätserweiterungen. An zweiter Stelle folgten Ersatzbeschaffungen.

## Ausblick auf 2015

Die aktuelle Geschäftslage wird zwar von den Chemieunternehmen überwiegend positiv eingeschätzt. Die Branche rechnet aber nicht mehr mit einer raschen Belebung in den kommenden Monaten.

Daher erwarten wir nur einen moderaten Aufwärtstrend für das kommende Jahr. Diese Einschätzung stützt sich auf die folgenden Faktoren:

Die wirtschaftliche Stabilisierung der Eurozone schreitet – wenn auch zögerlich – voran. Die übrigen EU Länder konnten ebenfalls zulegen – besonders Großbritannien. Damit zieht insgesamt auf unserem Heimatmarkt Europa die Nachfrage an. Der Auslandsumsatz der deutschen Chemieunternehmen mit Kunden in Europa legte bereits im zweiten Halbjahr 2014 wieder zu. Dieser Trend dürfte sich im kommenden Jahr fortsetzen.

Auch von den Auslandsmärkten außerhalb Europas kommen positive Signale. Die US-Wirtschaft erweist sich als robust und das Asiengeschäft zieht wieder an.

Damit dürften die deutschen Chemieausfuhren im kommenden Jahr erneut ausgeweitet werden. Die Wachstumsraten bleiben aber mäßig, zumal die Preise rückläufig sind.

Im Inland konnten wir 2014 erneut auf das starke Industrienetzwerk und seine Exporterfolge in der Welt vertrauen. Das sehen wir auch für das nächste Jahr so: Wir gehen davon aus, dass die Industrieproduktion im kommenden Jahr wieder ausgeweitet werden kann. Dadurch steigt die inländische Nachfrage nach Chemikalien.

Fazit: Für das deutsche Chemiegeschäft wird es auch im kommenden Jahr moderat aufwärtsgehen.

## Prognose für das Gesamtjahr 2015

Das bedeutet in Zahlen: Für 2015 erwarten wir einen Zuwachs der Chemieproduktion von 1,5 Prozent. Die Erzeugerpreise dürften leicht sinken (-0,5 Prozent). Der Branchenumsatz sollte so um 1,5 Prozent auf 196,5 Milliarden Euro steigen. Der Inlandumsatz (+ 1,0 Prozent) wächst dabei schwächer als das Auslandsgeschäft (+1,5 Prozent).

**Chart 4:**  
Prognose 2015  
Auslandsmärkte

**Chart 5:**  
Prognose 2015  
Kernindikatoren

## Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des Chemiestandortes Deutschland

Meine Damen und Herren,

die Prognose für unsere Branche kann eine Tatsache nicht wiedergeben: Für die deutsche Chemie wird der internationale Wettbewerb auf den Auslandsmärkten immer intensiver.

Noch ist Deutschland zwar ein attraktiver und wettbewerbsfähiger Chemiestandort. Das belegt eine vergleichende Analyse, die Oxford Economics im September veröffentlicht hat. Aber die Studie zeigt auch, dass der Chemiestandort Deutschland im internationalen Vergleich schon seit längerer Zeit an Wettbewerbsfähigkeit verliert, wenn wir seinen Anteil am globalen Exportmarkt betrachten. Dieser Trend hat sich seit 2008 sogar verstärkt. Und auch bei den Investitionen zeigt sich ein ähnlich beunruhigendes Bild: Während die USA und China von 2008 bis 2013 ihre Investitionen nahezu verdoppelten, wuchsen die Investitionen in Deutschland nicht mehr.

Dafür gibt es ökonomische und politische Ursachen: die schwache wirtschaftliche Entwicklung in unserem Heimatmarkt Europa sowie die hohen Wachstumsraten der Chemie im Raum Südostasien – aber eben auch ungenügende industriepolitische Rahmenbedingungen in Deutschland.

Handlungsbedarf der Bundesregierung sehen wir vorrangig auf zwei Feldern, um für mehr Wettbewerbsfähigkeit zu sorgen.

Erstens: Die Innovationsfähigkeit der Unternehmen stärken. Und zweitens: Für bezahlbare Energie sorgen.

### Innovationsfähigkeit stärken

Rund 70 Prozent der Chemieunternehmen sind in der Forschung tätig. Das sind mehr als in jedem anderen Industriezweig in Deutschland. Doch die internationale Konkurrenz holt auf: Insbesondere im asiatischen Raum steigen die Forschungsausgaben und die Patentanmeldungen zur Chemie mit großer Dynamik.

Die Bundesregierung unterstützt zwar die Innovationskraft der Wirtschaft mit der Hightech-Strategie. Das ist eine gute und richtige Maßnahme auf hohem

#### Chart 6:

Int. Vergleich der Investitionen in Sachanlagen 2008-2013

#### Chart 7:

F+E-Aufwendungen seit 1999

finanziellen Niveau und mit einem breit angelegten Programm. Für die Branche wichtige Arbeitsgebiete wie neue Werkstoffe, Energieforschung und Elektromobilität, Bioökonomie oder Steigerung der Ressourceneffizienz sind entsprechend den Vorschlägen des VCI berücksichtigt worden. Allerdings sind mehr Schritte möglich und nötig, damit der Standort für die chemische Industrie noch innovationsfreundlicher wird:

- Die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung würde zusätzliche Forschungsaufwendungen der Unternehmen und mehr Wirtschaftswachstum in Deutschland stimulieren. Zwei Drittel der 34 OECD-Länder gewähren diesen Bonus bereits und erzielen damit gute Erfolge.

- Und wir müssen in Deutschland eine mutigere Gründerkultur etablieren. Dazu gehört mehr Akzeptanz für das unternehmerische Risiko, damit junge Unternehmen ihre Ideen erfolgreich umsetzen können.

Dazu gehören aber auch mehr Anreize für Investoren, um Wagniskapital in junge Unternehmen einzubringen. Zum Beispiel Verlustvorträge ohne Einschränkung des Zeitrahmens und der Höhe vornehmen oder den sogenannten INVEST-Zuschuss für Wagniskapital steuerfrei stellen zu können. Vernünftige Vorschläge für bessere Bedingungen liegen auf dem Tisch. Die Bundesregierung muss nun handeln.

- Es hängt aber nicht am Geld allein. Eher noch wichtiger ist ein gesellschaftlicher Faktor: Wir müssen das Bewusstsein für den sorgsamen Umgang mit Innovationen und deren Bedeutung für das Wohlergehen Deutschlands wieder beleben. Dafür braucht es mehr zielgerichtete Gespräche zwischen Politik und Industrie für konkrete Maßnahmen sowie Offenheit gegenüber neuen Verfahren und Technologien. Die wissenschaftlichen Fakten müssen mehr Gewicht bekommen, wenn Chancen und potenzielle Risiken von Innovationen abgewogen werden.

Angst vor Chemie ist ein schlechter Ratgeber für die Zukunft. Neue Technologien und Produkte dürfen nicht allein aus politischer Überzeugung oder „abstrakter Besorgnis“ in den Behörden behindert werden. Neues denken und Neues wagen ist der Ausgangspunkt für jede Innovation. Eine nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft braucht mehr Chemie statt weniger. Wir werden verstärkt den Dialog mit der Politik und der Gesellschaft darüber suchen. Und wir hoffen im Gegenzug auf die Gesprächsbereitschaft aller Stakeholder.

#### Chart 8:

Int. Vergleich  
staatliche  
F+E-Förderung

- Großer Handlungsbedarf besteht weiterhin in der Bildungspolitik. Alle Studien mit internationalem Vergleich stellen unverändert eine deutliche Schwäche im deutschen Schulsystem fest. Auch wenn Deutschland seit dem PISA-Schock aufgeholt und zuletzt die Leistungen der Schüler sogar über dem OECD-Durchschnitt lagen, bleibt viel zu tun.

Wir müssen das naturwissenschaftliche und ökonomische Basiswissen ausweiten: Deshalb sollten mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer über alle Bildungsstufen hinweg mehr Raum im Unterricht einnehmen und schon in den Grundschulen zum Tragen kommen. Wir sprechen uns konkret dafür aus, an allen weiterführenden Schulformen den Anteil mathematisch-naturwissenschaftlicher Fächer an den Pflichtstunden von derzeit 28 auf 33 Prozent zu erhöhen. Ebenso gehören ökonomische Zusammenhänge zum Bildungsauftrag der Schule.

Gute Bildung und gute Wissenschaft darf nicht an den Grenzen der Bundesländer scheitern. Handelt es sich doch um eine Gemeinschaftsaufgabe, der sich Bund und Länder gleichermaßen stellen müssen. Die geplante Grundgesetzänderung zur Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Hochschulen ist deshalb ein richtiger Schritt. Auch für den Bildungsbereich wäre diese Kooperation wünschenswert.

## Bezahlbare Energie

Große Sorgen bereitet uns die Energiepolitik. Sie ist ein denkbar schlechtes Motiv für weitere Investitionen am Standort Deutschland. Die Energiewende hat zu Kostensteigerungen geführt, die unsere Wettbewerber nicht haben. Sie nehmen der Branche Spielraum für Neues. Denn trotz Entlastungsregelungen – die nur gut 140 von rund 2.000 Unternehmen erhalten – zahlt die Chemie dieses Jahr fast 1 Milliarde Euro an EEG-Umlage.

Diese Belastung schultert im Wesentlichen der Mittelstand. Er musste in den letzten Jahren die gleichen Strompreissteigerungen wie die Privathaushalte verkraften. Für den Mittelstand hat die Reform des EEG keinerlei Entlastung gebracht. Die minimale Verringerung der EEG-Umlage ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein:

Der Strompreis wird 2015 durch höhere Netzentgelte vermutlich weiter steigen. Außerdem drohen ab 2016 Mehrkosten bei der umweltschonenden Eigenversorgung der Unternehmen. Weiterhin wird über Kapazitätsmechanismen für die

**Chart 9:**  
EEG-Kosten für  
die Chemie

Bereitstellung von Kraftwerken diskutiert. Dies könnte zu einer zusätzlichen Prämie führen.

Ein Ausweg aus der Kostenspirale: Mit einer alternativen Finanzierung der Energiewende – zum Beispiel über den Bundeshaushalt – könnten die Förderzusagen des EEG eingehalten werden, ohne den Strompreis in die Höhe zu treiben.

Ich plädiere aber grundsätzlich für einen Strategiewechsel in der deutschen Energie- und Klimapolitik. Sie muss viel stärker mit der europäischen Linie in Einklang gebracht werden. Mit Blick auf den Beschluss des Europäischen Rates von Anfang Oktober erscheint uns ein politischer Alleingang kaum mehr sinnvoll. Das gilt konkret für das vor wenigen Tagen verabschiedete neue nationale Aktionsprogramm zu Klimaschutz und Energieeffizienz.

Denn mit der geplanten Minderung für Treibhausgase bis 2030 von minus 40 Prozent (Basis 1990) hat sich die EU ein sehr ambitioniertes Ziel gesetzt.

Energiewirtschaft und Industrie tragen bereits überproportional zu den CO<sub>2</sub>-Minderungen bei. Das ist im EU-Emissionshandel geregelt. Auch die Chemie ist darüber abgedeckt. Es gilt bislang übergreifend ein Minderungsziel von -21 Prozent von 2005 bis 2020, das laut Beschluss des EU-Gipfels bis 2030 auf -43 Prozent steigen soll.

Für die Chemie hängt die Messlatte ihrer Klimabilanz nun extrem hoch: Zusätzlich zu unserer Vorleistung von fast -50 Prozent (Basis 1990) müssen wir damit eine weitere Reduktion um 22 Prozentpunkte auf eine Minderungsquote von 70 Prozent erbringen.

Wir akzeptieren diese politische Vorgabe. Und wir wollen unseren Beitrag dazu leisten. Gleichwohl: Derzeit sehen wir weder eine technische noch eine wirtschaftliche Lösung, wie die deutsche chemische Industrie dieses hochgesteckte Ziel erreichen könnte.

Aus unserer Sicht müssen andere relevante CO<sub>2</sub>-Verursacher mit in das System des Emissionshandels einbezogen werden, um die Aufgabe gerechter zu verteilen. Zum Beispiel Wohnen oder Verkehr. Wenn es jedoch beim Status quo bleibt, wird in der deutschen Chemie die Einschränkung der Produktion vermutlich der einzige Weg sein, der Minderungsvorgabe der EU nachzukommen.

Wir appellieren daher an die politische Führung Europas, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, dass bei der Weltklimakonferenz 2015 in Paris ein globales Abkommen mit vergleichbaren Reduktionsanforderungen verabschiedet wird. Nur wenn

**Chart 10:**  
Entwicklung  
Produktion und  
Treibhausgase



es gelingt, auch international alle wichtigen Emittenten einzubeziehen, laufen die Belastungen nicht gegen die Wettbewerbsfähigkeit Europas.

Scheitern die Verhandlungen in dieser Hinsicht, wird die anhaltende De-Industrialisierung in Europa weiter voranschreiten – vor allem vor dem Hintergrund der niedrigen Energiepreise in den USA.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir nachdrücklich die Veränderungen von Jean-Claude Juncker für Brüssel: Die neue personelle Struktur der EU-Kommission und bessere Entscheidungsmechanismen sollen zu mehr Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit in der EU beitragen.

Meine Damen und Herren,

Aufgeschlossenheit der Politik und der Gesellschaft für Neues sind Rückenwind für mehr Innovationen aus der chemischen Industrie. Der Ausbau der Innovationsfähigkeit der Chemie ist kein Selbstzweck. Wer die Innovationskraft der Chemie nachhaltig stärkt, fördert die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Industrienetzwerkes. Kann der Innovationsmotor Chemie auf maximaler Drehzahl laufen, profitiert davon das ganze Industrieland Deutschland.

**Kontakt:** VCI-Pressestelle Telefon: 069 2556-1496

E-Mail: [presse@vci.de](mailto:presse@vci.de)